

Bernd Bonwetsch

Moskau und die SBZ 1945-1949. Archiverfahrungen bei der Erforschung der sowjetischen Besatzungspolitik

Der Kenntnisstand bis zum Ende der Sowjetunion

Jahrzehntelang hatten wir uns damit abgefunden, daß niemand – weder sowjetische noch ausländische Historiker – in Moskau Zugang zu zeitgeschichtlich bedeutenden internen Dokumenten hatte. Aufzeichnungen wie die von Milovan Djilas über „Gespräche mit Stalin“, an denen dieser 1944-1948 teilgenommen hatte, waren gleichsam das äußerste an Kenntnis über Hintergründe und Interna der „großen“ Politik der Sowjetunion aus der Stalin-Zeit. Im Hinblick auf die Moskauer Politik in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands seit 1945 galt das gleiche für Berichte wie die von Wolfgang Leonhard, Vladimir Rudolph (Rudolf), Gregory Klimow (Grigorij Klimov) oder Erich Gniffke.¹ Alles, was wir von ihnen erfuhren, war allerdings mehr oder weniger Zufälliges. Im Unterschied zu Djilas, der immerhin direkt mit Stalin zu tun hatte, stützten sich die Aussagen dieser Gewährsleute für die sowjetische Politik in Deutschland im wesentlichen auf Aussagen Dritter bzw. auf Hörensagen, auch wenn zumindest Leonhard und Gniffke Zugang zu Informationen hatten, die nur für höhere KPD- bzw. SED-Funktionäre gedacht waren. Insbesondere der Chef der im Oktober 1945 bei der SMAD eingerichteten Propagandaverwaltung, der kahlköpfige Oberst Sergej Tjul'panov², schien danach in der SBZ die politisch wichtigste Rolle im Hinblick auf die Exekution und möglicherweise sogar Formulierung sowjetischer Politik gespielt zu haben. Erinnerungen wie die der ehemaligen Ost-CDU-Politiker Ernst Lemmer und Johann Baptist Gradl u. a. m. bestätigten diesen Eindruck.³

Die Memoiren sowjetischer Beteiligten, die seit den siebziger Jahren erschienen, insbesondere die des Mitglieds des Militärrats der SMAD 1945-1946, Fedor Bokov, des ehemaligen Chefs der SMA-Verwaltung für Thüringen, Generalmajor Ivan Kolesničenko, und Tjul'panovs selbst änderten an unserem lückenhaften, unbefriedigenden Informationsstand so gut wie nichts, weil sie ei-

1 Wolfgang Leonhard: Die Revolution entläßt ihre Kinder, Frankfurt a. M. 1961; Vladimir Rudolph: The Agencies of Control: Their Organization and Policy, in: Robert Slusser (Hrsg.): Soviet Economic Policy in Postwar Germany, New York 1953, S. 18-36; Gregory Klimow: Berliner Kreml, Köln 1952; Erich Gniffke: Jahre mit Ulbricht, Köln 1966.

2 In den zeitgenössischen deutschen Quellen in der Regel „Tulpanow“ geschrieben.

3 Ernst Lemmer: Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten, Frankfurt a. M. 1968; Johann Baptist Gradl: Anfang unter dem Sowjetstern. Die CDU 1945-1948 in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Köln 1981.

gentlich politische Fragen weitgehend ausklammerten.⁴ Erst die inneren Veränderungen, die mit der Perestrojka in der Sowjetunion einhergingen, machten Hoffnung auf ein neues Herangehen der KPdSU an die Geschichte und die historischen Quellen. So geschah es auch: Vieles wurde plötzlich publiziert, was bis in die zweite Hälfte der achtziger Jahre vollkommen geheim bzw. tabu gewesen war. Die Geschichte wurde zwar nach altem Muster zu Legitimationszwecken instrumentalisiert und vorzugsweise als Waffe gegen – schwächere oder unterlegene – politische Gegner eingesetzt, aber der Umgang mit ihr löste sich doch zugleich von dieser bloßen Instrumentalisierung.⁵ Insbesondere Memoiren und Biographien fanden großes Interesse. In bezug auf die sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland erschienen die für die Reparations- bzw. Demontagepolitik der Sowjetunion wichtigen Erinnerungen des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD für Wirtschaftsangelegenheiten 1945-1949, Konstantin Koval', die allerdings nur für die Zeit um das Kriegsende etwas mitteilensamer sind.⁶ Ferner erschienen schließlich, und zwar bislang nur in Deutschland, die Erinnerungen von Wladimir Semjonow (Wladimir Semenov), 1945-1953 Politischer Berater des Obersten Chefs der SMAD bzw. des Chefs der Sowjetischen Kontroll-Kommission (SKK) und nachmaliger Hoher Kommissar in der DDR. Sie sind zweifellos der unter politischen Gesichtspunkten interessanteste bisher veröffentlichte Bericht eines hochstehenden sowjetischen Beteiligten und tragen weiter zu unserer Kenntnis der sowjetischen Politik in Deutschland bzw. in der deutschen Frage bei, auch wenn sie keineswegs alles beantworten, was wir wissen möchten, und politisch Wichtiges in erstaunlichem Maße ausklammern.⁷

Die Öffnung der DDR- bzw. SED-Archive nach der „Wende“ gab weitere Impulse für die Erhellung der sowjetischen Deutschlandpolitik. Allerdings zeigen die veröffentlichten Dokumente, daß die Führung der KPD bzw. der SED über die sowjetische Politik doch nur sehr unvollständig informiert wurde bzw. daß

4 F. J. Bokow: Frühjahr des Sieges und der Befreiung, Berlin 1979; I. S. Kolesničenko: Bitva posle vojny [Die Schlacht nach dem Kriege], Moskau 1987 (kürzere, teilweise abweichende Fassung: Iwan Kolesnitschenko: Im gemeinsamen Kampf für das neue antifaschistisch-demokratische Deutschland entwickelte und festigte sich unsere unverbrüchliche Freundschaft, Erfurt 1985); S. I. Tjulpanow: Deutschland nach dem Kriege (1945-1949), Berlin 1986 (Tjul'panow hatte zuvor bereits seine Erinnerungen in Zeitschriftenbeiträgen veröffentlicht – in der DDR. In der Sowjetunion sind sie nur auszugsweise veröffentlicht worden: V pervye poslevoennyje gody na nemeckom zemle [In den ersten Nachkriegsjahren auf deutschem Boden], in: Novaja i novejšaja istorija [1984], Nr. 2, S. 121-136; Nr. 4, S. 104-124).

5 Zahlreiche Autoren haben sich mit der Rolle der Geschichte für die Perestrojka befaßt, darunter auch der Verf. in mehreren Beiträgen. Vgl. als detailliertesten Überblick: Robert W. Davies: Perestrojka und Geschichte. Die Wende in der sowjetischen Historiographie, München 1991.

6 K. I. Koval': Na postu zamestitelja glavnočal'stvujuščego SVAG 1945-1949 gg. [Auf dem Posten des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD 1945-1949], in: Novaja i novejšaja istorija (1987), Nr. 3, S. 130-148; ders.: Zapiski upolnomočenogo GKO na territorii Germanii [Aufzeichnungen des Bevollmächtigten des Staatlichen Verteidigungskomitees auf dem Territorium Deutschlands], in: Ebenda (1994), H. 3, S. 124-147; ders.: Rabota v Germanii po zadaniju GKO [Die Arbeit in Deutschland im Auftrage des Staatlichen Verteidigungskomitees], in: Ebenda (1995), Nr. 2, S. 101-114.

7 W. S. Semjonow: Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939-1991, Berlin 1995.

diese Informationen, falls es sie gab, in den Dokumenten nur sehr wenige Spuren hinterließen. So wissen wir z. B. aus der detaillierten Dokumentation zur Tätigkeit der „Gruppe Ulbricht“ von deren Vorbereitung in Moskau bis zum Einsatz im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands im Mai und Juni 1945 außerordentlich wenig über den sowjetischen Anteil an dieser Politik.⁸ Auch die bislang bedeutendste Quelle zur sowjetischen Politik aus den SED-Archiven, die Aufzeichnungen Wilhelm Piecks zu Besprechungen mit sowjetischen Vertretern von Stalin in Moskau bis zu SMAD-Mitarbeitern in Berlin in den Jahren 1945-1953, ist zwar äußerst wichtig, weil sie zeigt, was alles mit sowjetischen Vertretern besprochen wurde, aber über die sowjetische Politik gegenüber der eigenen Besatzungszone bzw. im Hinblick auf Deutschland als Ganzes gibt sie doch nur sehr dürftige Auskünfte. Es handelt sich bei diesen Aufzeichnungen vor allem um die mehr oder weniger gekürzte bzw. stichwortartige Wiedergabe der Berichte und Schreiben Piecks oder anderer Deutscher für die sowjetischen Stellen bzw. Vertreter. Die sowjetische Seite hingegen kommt sehr kurz, wenn sie in den Aufzeichnungen überhaupt erscheint. Das, was dazu notiert wird, könnte man im Grunde als ein großes, stichwortartiges und wortkarges Regest, das sich aller Feststellungen oder Vermutungen über die sowjetischen Motive und Absichten enthält, bezeichnen.⁹

Die neuen Archivmöglichkeiten in Moskau

In der Sowjetunion kam es zunächst trotz der Flut historischer Enthüllungen nicht zu entsprechenden Veröffentlichungen. Zweifellos standen Themen wie „sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland“ oder „sowjetische Deutschlandpolitik“ allgemein auch nicht im Vordergrund des historisch-politischen Interesses in Moskau, das sich vor allem auf die Beseitigung der „weißen Flecken“ in der eigenen Geschichte richtete. Selbst das „Berija-Dokument“, der im wesentlichen vom damaligen Innen- und Staatssicherheitsminister Lavrentij Berija herbeigeführte Beschluß des ZK der KPdSU vom 28. Mai 1953 „Über die Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik“, der den „Neuen Kurs“ und damit die Erschütterungen des 17. Juni in der DDR einleitete, ist in der Sowjetunion nur rückübersetzt nach der deutschen Übersetzung des sowjetischen Dokuments, die in Berlin aufgefunden wurde, veröffentlicht worden.¹⁰ Erst seit dem mißlungenen Putsch vom 19. August 1991 und dem Ende der Sowjetunion im Dezember

8 Gerhard Keiderling (Hrsg.): Die „Gruppe Ulbricht“ in Berlin April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation, Berlin 1993.

9 Rolf Badstübner, Wilfried Loth (Hrsg.): Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994. In Einzelteilen waren die Aufzeichnungen bereits zuvor in Zeitschriften veröffentlicht oder in Auszügen zitiert worden.

10 Yuri Shpakov: Lavrenty Beria's Secret Document. In Moscow News (1990), Nr. 29, S. 13. Vgl. Rolf Stöckigt: Ein Dokument von großer historischer Bedeutung vom Mai 1953, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 32 (1990), S. 648-654. Vg. auch Lev Bezymenskij: A Berija ne uspel... [Doch Berija schaffte es nicht...], In: Sovershenno sekretno (1993), Nr. 11, S. 13-15.

desselben Jahres wurde dies anders, weil eine Art Interregnum eintrat: Die alte Ordnung und ihre Hüter galten nicht mehr viel, und eine neue Ordnung und Amtsträger, die sie durchsetzen konnten, waren noch nicht vorhanden. Und da das neue Rußland Boris Jelzins zunächst vor allem damit beschäftigt war, sich von der alten Sowjetunion zu distanzieren – auch mit Hilfe bloßstellender Dokumentenveröffentlichungen –, und überall neue, entsprechend oder sogar liberal gesinnte Archividirektoren einsetzte, war auch aus diesem Grund der Zugang zu den russischen Archiven frei wie nie zuvor, in manchem sogar freier als in westlichen Ländern. Mehrere ausländische und russische Historiker konnten daher im ehemaligen Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, im Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, im Staatsarchiv der Russischen Föderation (wo die eigentlichen SMAD-Akten liegen), im Russischen Staatsarchiv für Wirtschaft und sogar im Zentralen Archiv des Verteidigungsministeriums Dokumente zur sowjetischen Besatzungspolitik in Deutschland einsehen – so Norman Naimark, Stefan Creuzberger, Alexej Filitov, Michail Semirjaga, D. N. Filippov und andere mehr.

Während allerdings im Hinblick auf den Zugang zu anderen sowjetischen Archivadokumenten etwa zwei Jahre lang (1992-1993) fast paradiesische Zustände herrschten und auch der Verfasser nicht nur unerwartete Möglichkeiten zur Archivbenutzung sondern auch mehrfach von unbekanntem Personen sogar Angebote erhielt, die praktisch auf den „Verkauf“ von Dokumenten hinausliefen und letztlich auf der Kenntnis der Archivfundstellen und entsprechenden Beziehungen beruhten, gab es doch im Hinblick auf die sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland schon sehr schnell erhebliche Einschränkungen für die Benutzung und vor allem für die Veröffentlichung von entsprechenden Dokumenten: Aufgrund eines Erlasses von Präsident Jelzin vom August 1992 sollten die entsprechenden Bestände der einschlägigen Archive bis zum vollständigen Abzug der russischen Streitkräfte aus Deutschland für die Benutzung geschlossen sein. Man befürchtete, daß von deutscher Seite aufgrund von Informationen aus sowjetischen Akten möglicherweise Schadensersatzansprüche gegenüber Rußland als Rechtsnachfolger der Union geltend gemacht werden könnten. Zwar gab es auch hier einige Schlupflöcher bis hin zur Erlaubnis der Einsichtnahme in die betreffenden Akten, aber mit der Auflage, keine genauen Angaben zur Archivfundstelle zu machen usw.¹¹, aber in bezug auf die Besatzungszeit war der Archivzugang ungleich eingeschränkter als im Hinblick auf spätere Perioden sowjetischer Deutschlandpolitik.

Dieses spezifische Hindernis war jedoch im Sommer 1994 ausgeräumt, und im Prinzip stand der Erforschung der sowjetischen Besatzungspolitik aus den Moskauer Akten nichts mehr im Wege, zumal das russische Archivgesetz von

11 So verweist z. B. D. N. Filippov: *Sovetskaja voennaja administracija v Germanii: Voenno-političeskij aspekt dejatel'nosti (1945-1949 gg.)* [Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland. Der militärpolitische Aspekt ihrer Tätigkeit. 1945-1949], Moskau 1995, durchgängig nur summarisch auf die „Sammlung von Dokumenten der SMAD“ des Staatsarchivs der Russischen Föderation (GARF).

1993 in Angleichung an internationale Standards ausdrücklich die grundsätzliche Freigabe von Akten nach Ablauf einer Frist von 30 Jahren und das Benutzungsrecht für in- und ausländische Forscher vorsieht, sofern nicht besondere Gesetze anderes bestimmen. Nur für Akten mit Informationen zu Privatpersonen bzw. persönlichen Inhalts ist grundsätzlich eine Sperrfrist von 75 Jahren vorgesehen – mit Ausnahmen für die direkt Betroffenen oder ihre Nachkommen –, um den Schutz von Persönlichkeitsrechten zu sichern.¹² Letzteres bedeutet z. B., daß auch die äußerst wichtigen Bestände der Kaderverwaltung des ZK bislang noch nicht eingesehen werden durften und dürfen, obwohl sie zum großen Teil aus Dokumenten bestehen, die keine Persönlichkeitsrechte tangieren, sondern ganz allgemeine Angaben zu Stellenplänen, zur Personalpolitik usw. enthalten.

Nichtsdestoweniger stehen die Archive jetzt großenteils grundsätzlich offen. Allerdings ist der Zugang zu den Dokumenten mittlerweile nicht mehr so einfach wie direkt nach dem Putsch bzw. dem Ende der Sowjetunion. Das ganze leidet unter dem wirtschaftlichen Verfall, der zu einer generellen Einschränkung und Verteuerung der Dienstleistungen in den Archiven geführt hat. Der russische Staat zahlt bekanntlich Löhne und Gehälter nur mit großem Verzug und Mittel für den Unterhalt von Gebäuden und Einrichtungen so gut wie gar nicht. Die Archive als Institution und ihre Bediensteten leben deshalb zu einem nicht geringen Teil von den Zahlungen ausländischer Interessenten – angefangen von teureren Kopien, in der Regel ein Dollar pro Stück – und Drucklizenzgebühren für individuelle Forscher bis hin zu Kooperations- und Editionsprojekten größten Stils mit Forschungsinstituten und Verlagen, die zur zeitweiligen Sperrung bestimmter Bestände für andere Interessenten führen, selbst wenn diese Bestände grundsätzlich zugänglich sind. Angesichts der desolaten wirtschaftlichen Lage in Rußland kann man die überall deutlich werdende Neigung verstehen, das, was der Staat den Archiven nicht gibt, bei den Benutzern zu holen, vor allem bei ausländischen Interessenten. Das hat zweifellos für alle Archivbenutzer auch Vorteile. So sind dank internationaler, vor allem russisch-amerikanischer Kooperationsprojekte erstmals hilfreiche Archivführer und Findbücher erhältlich.¹³ Jeder, der in sowjetischen bzw. russischen Archiven gearbeitet hat und auf die Kenntnisse und nicht selten auch Gnade von Archivmitarbeitern und wissenschaftlichen Betreuern angewiesen war, weiß diesen Fortschritt zu schätzen. Auch die mit amerikanischer finanzieller Unterstützung vorgenommene Verfilmung der Politbüroprotokolle oder die mit deutscher Hilfe erfolgte Veröffentlichung von Dokumenten des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten zur Deutschlandpolitik 1941-1945 sind

12 Osnovy zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii ob archivnom fonde Rossijskoj Federacii i archivach [Die Grundlagen der Gesetzgebung der Russischen Föderation über den Archivbestand der Russischen Föderation und die Archive], in: Otečestvennye archivy, 1993, Nr. 5, S. 9.

13 Stefan Kreuzberger: Neuere Findhilfsmittel in russischen Archiven, in: Osteuropa, 46 (1996), S. 915-923; Donald J. Raleigh: The Russian Archive Series, in: The Russian Review, 55 (1996), S. 692-698.

zweifellos hochwillkommen.¹⁴ Allerdings hat das eine eigene Dynamik und mehrfach auch zu Skandalen im russischen Archivwesen geführt. Ein normaler Historiker, der nicht durch finanzielle Mittel attraktiv ist, über die er direkt oder indirekt im Zusammenhang mit seinem Forschungsinteresse verfügen kann, kommt sich jedenfalls in aller Regel ziemlich verloren oder zweitklassig vor. Die kaum verhohlene unterschiedliche Behandlung einzelner Benutzer in den Archiven gibt reichlich Anlaß zu derartigen Gefühlen.

Nicht immer ist das gerechtfertigt, und die für die meisten Archive zuständige, im Dezember 1992 geschaffene oberste staatliche Archivbehörde ROS-ARCHIV (abgek. für Staatlicher Archivdienst Rußlands) versucht Mißstände abzustellen. Aber die neuen Regelungen für den Zugang zu Archivadokumenten lassen auch im Rahmen der Gesetze manchen Spielraum. Und in der Praxis macht sich etwas bemerkbar, das man als neue Identifizierung Rußlands mit der alten Sowjetunion bezeichnen kann. Das drückt sich nicht zuletzt darin aus, daß jetzt ein formeller Deklassifizierungsprozeß in Gang gesetzt worden ist, der früher, direkt nach dem Putsch, so nicht bestand und selbst bei gutem Willen und Gegebenheit aller personellen und technischen Voraussetzungen seine Zeit kostet, aber sich auch nach unterschiedlich oder gar willkürlich definiertem staatlichem Geheimhaltungsinteresse und selbstverständlich auch nach den auf finanziellen Erwägungen beruhenden Interessen von Archiven oder Archivaren richten kann. Der einzelne Benutzer kann das nicht durchschauen. So ist z. B. der Aktenbestand der für Außenpolitik zuständigen ZK-Abteilung im ehemaligen Zentralen Parteiarchiv (heute Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten zur Zeitgeschichte), der für die sowjetische Besatzungspolitik von großer Bedeutung ist, der schon von mehreren Forschern eingesehen werden konnte und aus dem eine ganze Reihe von Dokumenten bereits publiziert worden ist, inzwischen zum Zweck der Deklassifizierung der Dokumente gesperrt.¹⁵ Dem Verfasser ist im Zusammenhang mit dem KGB-Archiv sogar ein Fall sehr gut bekannt, wo einem russischen Staatsbürger unter Androhung von Benutzungssanktionen und möglicherweise sogar Strafverfolgung die ursprünglich in der Umbruchszeit gewährte Nutzungsgenehmigung von Akten aus der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit rückwirkend wieder entzogen wurde. Das heißt auch die bereits exzerpierten oder kopierten Dokumente durften nicht verwendet werden. Zugleich wurde allerdings demselben Forscher ein Angebot unterbreitet, das letztlich einen erheblichen kommerziellen Gewinn für das Archiv bzw. einzelne seiner Mitarbeiter bedeutet hätte.

14 SSSR i germanskij vopros. T. 1: 1941-1945 [Die UdSSR und die deutsche Frage, Bd. 1: 1941-1945], Moskau 1996 (in Deutschland wird interessanterweise ebenfalls eine russische Ausgabe erscheinen).

15 Es handelt sich um den Bestand (fond) Nr. 17 (ZK der KPdSU), Inventar (opis') Nr. 128. Davon sind Dokumente abgedruckt in: B. Bonveč, G. Bordjugov, N. Nejmark (Hrsg.): SVAG. Upravljenie propagandij (informacij) i S. I. Tjul'panov, 1945-1949 [Die SMAD. Die Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) und S. I. Tjul'panov 1945-1949], Moskau 1994. Der Band erscheint in deutscher Übersetzung 1998 im Dietz Verlag.

Die Möglichkeit für ein derartiges Vorgehen bieten die Prozeduren der Nutzung bzw. des Heraussuchens der entsprechenden Akten und vor allem das Deklassifizierungsverfahren. Wie lange dieses Verfahren in den einzelnen Archiven dauern und was dann von der Freigabe ausgenommen werden wird, ist ungewiß. Im Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF) sind z. B. inzwischen zahlreiche Akten der SMAD deklassifiziert und für die Benutzung freigegeben worden.

Es läßt sich nur feststellen, daß die Nutzung von Archivdokumenten insgesamt aufgrund der Formalisierung des Zugangs, der wirtschaftlichen Lage und der veränderten politischen Atmosphäre schwieriger geworden ist. Das gilt nicht nur für Dokumente, die die SMAD oder die sowjetische Deutschlandpolitik betreffen, sondern für alle zeitgeschichtlich relevanten Akten und wird im Grunde von allen Archivbenutzern beklagt. Hinzu kommt, daß für manche Archive – sie unterstehen nicht ROSARCHIV – besondere Regelungen gelten. Das gilt vor allem für das Präsidenten-Archiv, das zwar bei entsprechender Genehmigung durch den Präsidentenberater – z.Zt. (Frühsommer 1997) Anatolij Čubajs – benutzt werden darf, auf dessen Benutzung aber kein gesetzlicher Anspruch besteht. Ausländer waren von der Benutzung dieses Archivs, das aus einem Teil des ehemaligen Politbüro- bzw. ZK-Archivs aus der Allgemeinen Abteilung des ZK selbst besteht und die Akten zu den wichtigsten politischen Vorgängen enthält, bisher völlig ausgeschlossen.

Um es an einem Beispiel zur sowjetischen Deutschlandpolitik zu verdeutlichen: Der Verfasser war im ehemaligen Zentralen Parteiarchiv in den Akten der ZK-Abteilung für Außenpolitik auf die Dokumentation des Besuchs der SED-Führung im Februar 1947 in Moskau gestoßen und durfte diese Dokumente gemeinsam mit einem russischen Kollegen veröffentlichen – sogar zuerst in Deutschland, dann in Rußland.¹⁶ Außer der Teildokumentation des Moskau-Besuchs von Grotewohl und Pieck im März 1948 ließen sich in den Beständen der betreffenden ZK-Abteilung trotz intensiver Suche jedoch keine Dokumente zu weiteren Treffen der SED-Spitze mit den Kreml-Führern finden.¹⁷ Sie mußten im Präsidenten-Archiv liegen, zu dem man aber als Ausländer, wie erwähnt, keinen Zugang erhält. Der Verfasser verabredete deshalb mit dem verantwortlichen Redakteur der Zeitschrift „Bote des Präsidenten-Archivs“ (Vestnik Archiva Prezidenta RF)¹⁸, die laufend Dokumente aus dem Präsidenten-Archiv veröffentlicht, die Publikation der Dokumentation weiterer SED-Besuche in Moskau. Das sollte zunächst in der genannten Zeitschrift des Präsidenten-Archivs, dann in einer deutschen Zeitschrift geschehen. Aufgrund detaillierter Angaben des Verfassers wurden die entsprechenden Dokumente

16 B. Bonwetsch/ G. Bordjugov: Stalin und die SBZ. Ein Besuch der SED-Führung in Moskau vom 30. Januar – 7. Februar 1947, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 42 (1994), S. 279-303 (russ.: Naša linija takaja... [Unsere Linie ist folgende...], in: Istoričeskij archiv [1994], Nr. 4, S. 22-44).

17 Dies.: Die SED und die guten Erfahrungen der Sowjetunion: Pieck und Grotewohl informieren sich in Moskau, 25. 3. – 1. 4. 1948, in: Deutsche Studien, 31 (1994), S. 95-107.

18 Die Zeitschrift ist eine Beilage zur Zeitschrift Istočnik („Quelle“), die wiederum eine Beilage der populärwissenschaftlichen historischen Regierungszeitschrift Rodina („Heimat“) ist.

auch im Präsidenten-Archiv ausfindig gemacht. Das Projekt scheiterte dann jedoch an der Verweigerung der Deklassifizierungsgenehmigung des russischen Außenministeriums, wie der betreffende Redakteur erklärte, wobei die Deklassifizierungsgenehmigung im übrigen auch die bereits publizierten Dokumente betraf, denn diese sollten der Vollständigkeit halber noch einmal veröffentlicht werden. Benutzt worden sind zumindest einige der betreffenden Dokumente im Präsidenten-Archiv bereits, wenn diese auch nicht im Wortlaut publiziert wurden (es geht um Dokumente im Zusammenhang mit der Berliner Blockade, in deren Vorfeld Pieck und Grotewohl am 26. März 1948 zweieinhalb Stunden im Kreml bei Stalin waren).¹⁹

Warum das Außenministerium die Deklassifizierung verweigerte, ist unbekannt. Dem Verfasser gegenüber ist niemand auskunftspflichtig. Schließlich ist er formell nicht einmal Antragsteller. An sich sind die Akten des Außenministeriums selbst in großem Umfang formell deklassifiziert und zugänglich gemacht worden – mit Ausnahme der verschlüsselt übermittelten diplomatischen Korrespondenz ab 1941, was allerdings für die sowjetische Besatzungszone weniger bedeutsam ist. Im Hinblick auf die sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland wären selbstverständlich auch die heute vom Föderalen Sicherheitsdienst verwalteten Akten des KGB von größtem Interesse. Aber auch diese Akten sind normalen Benutzern nicht zugänglich, es sei denn, man wünscht als Opfer staatlicher Repression Einblick in die eigene Personalakte zu bekommen oder ermächtigt jemand anderen dazu. Für nicht in dieser Weise persönlich Betroffene besteht kein Benutzungsanspruch, selbst wenn die Akten nicht mehr der Geheimhaltung unterliegen. Das gleiche gilt für das Archiv des Verteidigungsministeriums, dessen Benutzung nur mit Genehmigung des Chefs des Generalstabs möglich ist. In beiden Archiven ist – für den Fall der Genehmigung – eine Praxis der „Kooperation“ eingeführt worden, die die indirekte Benutzung der Dokumente mit Hilfe eines Archivmitarbeiters bzw. -beauftragten vorsieht, der allein das Recht hat, die betreffenden Akten zu sichten. Zweifellos handelt es sich dabei um ein in mehrfacher Hinsicht fragwürdiges Verfahren. Und selbstverständlich muß diese „Kooperation“ als Auftragsarbeit, die häufig auch die Übernahme der Veröffentlichungskosten einschließt, bezahlt werden.

Insgesamt ist die Situation im Hinblick auf die Benutzung sowjetischer Archive in hohem Maße undurchschaubar und unbefriedigend. Vor allem amerikanische Forscher waren bislang jedoch tüchtig genug, das Beste aus der Situation zu machen und vor allem gut dotierte Kooperationen mit Archiven in die Wege zu leiten, die auch den Zugang zu Dokumenten ermöglichten. Man muß das neidvoll anerkennen. Allerdings beklagen sie ebenfalls trotz allen Verständnisses für die Situation in Rußland und trotz allen Interesses, sich die Möglichkeiten nicht zu verschließen, über die sie trotz allem verfügen, die

19 M. M. Narinskij: *Berlinskij krizis 1948-1949 gg. Noveje dokumenty iz rossijskich archivov* [Die Berlin-Krise 1948-1949. Neue Dokumente aus russischen Archiven], in: *Novaja i novejsaja istorija* (1995), Nr. 3, S. 16-29.

Willkür und Kommerzialisierung, die sich im russischen Archivwesen entwickelt hat, selbst wenn es immer noch rühmliche Ausnahmen gibt, die aber in der allgemeinen Tendenz unterzugehen drohen.²⁰ Doch irgendwann wird der Run auf die Dokumente schwächer werden, der Marktwert der Zugangsermöglichung wird sinken, und man wird davon ausgehen können, daß sich die Archivverhältnisse in Rußland mit der Zeit entsprechend den allgemeinen Verhältnissen normalisieren werden. Dabei ist noch einmal zu betonen, daß es sich hier im wesentlichen um Benutzungsprobleme hinsichtlich von Dokumenten der Zeitgeschichte handelt, die die sowjetische Besatzungs- und Deutschlandpolitik seit 1945 einschließen.

Kenntnisse und Erkenntnisse

Die neuen Archivmöglichkeiten bedeuten trotz aller geschilderten Hindernisse und Behinderungen gegenüber der Sowjetzeit einen ungeheueren Kenntnisgewinn. Das zeigen die Bücher, die inzwischen zur Besatzungspolitik erschienen sind und auf der Auswertung sowjetischer Archivalien beruhen, besonders die von Norman Naimark und Stefan Creuzberger.²¹ Allerdings weisen diese Bücher durch ihre Lücken in chronologischer wie inhaltlicher Hinsicht auch mit aller Deutlichkeit auf Probleme der Dokumentation historischer Vorgänge in sowjetischen Archiven hin, auf die der Verfasser bei seiner Arbeit an russischen Dokumenten ebenfalls gestoßen ist, vornehmlich bei der Arbeit im ehemaligen Zentralen Parteiarchiv. Dieses Archiv, das Russische Zentrum zur Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der Zeitgeschichte (*Rossijskij centr chranenija i izučenija dokumentov novejšej istorii*), enthält neben vielem anderen die Akten der ZK-Abteilung für Außenpolitik, die zum einen für die Beziehungen zu den ausländischen kommunistischen Parteien, darunter auch zur SED, zum anderen aber auch für die Propaganda- bzw. Informationsverwaltung der SMAD zuständig war und 1945-1949 hauptsächlich von Michail Suslov, dem langjährigen ZK-Sekretär und Politbüro-Mitglied, geleitet wurde.²² Diese Akten dokumentieren die Vorgänge ihres Zuständigkeitsbereichs erstaunlich lückenhaft, zumindest scheint anhand der Dokumente kaum

20 Siehe Final Report of the Joint Task Force on Archives, der am 1. April 1995 von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe der American Association for the Advancement of Slavic Studies und der American Historical Association erstattet wurde: *Slavic Review* 54, 1995, S. 407-426. Vgl. als aktuelle Bestandsaufnahme zur Archivsituation in Rußland im Hinblick auf den Kalten Krieg die Beiträge von Jonathan Haslam, Raymond L. Garthoff, Odd Arne Westad und Robert Tucker in: *Diplomatic History*, 21 (1997), S. 217-282.

21 N. M. Naimark: *Die Russen in Deutschland. Die Sowjetische Besatzungszone 1945-1949*, Berlin 1997; Stefan Creuzberger: *Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ*, Weimar u. a. 1996.

22 Die Abteilung war die wichtigste Nachfolgeorganisation der Komintern und wurde zunächst auch von deren letztem Generalsekretär, Georgij Dimitrov, geleitet. Sie hieß bis Ende 1945 Abteilung für internationale Information, 1946-1948 Abteilung für Außenpolitik, 1948/49 Abteilung für auswärtige Beziehungen und 1949/50 Außenpolitische Kommission.

ein Vorgang in seinem äußeren Ablauf einigermaßen vollständig nachvollziehbar zu sein.

Der Verfasser hat sich z. B. zusammen mit einem russischen Kollegen intensiv mit der Geschichte der Informationsverwaltung der SMAD und dem Geschick ihres Leiters Tjul'panov befaßt.²³ Wir wissen jetzt zweifellos erheblich mehr über die Arbeit dieser Institution und ihren Leiter, die für die politische Entwicklung der SBZ von so zentraler Bedeutung waren. Aber wir wissen auch besser, was wir selbst hinsichtlich des rein Faktographischen nicht wissen. Die Dokumentation der Vorgänge bricht in der Regel irgendwann ab, günstigstenfalls wird sie an anderer Stelle wieder aufgenommen, ohne daß den Dokumenten oder entsprechenden Randbemerkungen bzw. Anlagen zu entnehmen ist, was unterdessen geschah. Warum z. B. ein bestimmter Resolutionsentwurf zur Arbeit der Informationsverwaltung der SMAD durch einen anderen Entwurf ausgewechselt wurde, warum das ZK-Sekretariat bzw. das Politbüro sich nicht mit der Sache befaßt hat, obwohl die Angelegenheit auf der Tagesordnung stand usw., das wird nirgends auch nur andeutungsweise erläutert. Immer wieder richteten z. B. verschiedene Instanzen unter Hinweis auf dessen Fehler und Schwächen die Forderung nach Abberufung Tjul'panovs aus Karlshorst an das ZK, worunter das ZK-Sekretariat bzw. seine Sekretäre zu verstehen sind. Seine Abberufung bzw. Rückstufung wurde auch mehrfach in Entwürfe zu Beschlüssen des ZK aufgenommen. Aber zumindest äußerlich blieb alles beim alten. Wann anders entschieden wurde, warum nichts geschah und wer dafür verantwortlich war, geht aus den Quellen auch nicht andeutungsweise hervor.

Selbst wenn man aus der Arbeit in anderen Archiven des In- und Auslands weiß, daß hundertprozentige Dokumentation nirgends existiert, so ist die Lückenhaftigkeit und Wortkargheit der sowjetischen Dokumente doch bemerkenswert. Man hat das Gefühl, alles ist irgendwie versickert und hat keine Spuren hinterlassen, hat vielleicht auch keine Spuren hinterlassen sollen und ist deshalb mündlich und informell geregelt bzw. eben nicht geregelt worden. Marginalia oder Notizen von Mitarbeitern des ZK-Apparats, die über rein Technisches wie „ins Archiv“, „für die Arbeit verwendet“, „an den Gen. XYZ“ oder die Namen der Leser des betreffenden Dokuments hinausgehen, finden sich fast nie. Inhaltliche Anweisungen an Tjul'panov oder seine Vorgesetzten in Karlshorst sind in den Dokumenten überhaupt nicht enthalten. Lediglich Tatsachenberichte und Lageanalysen der Propaganda- bzw. Informationsverwaltung sowie gelegentliche Angaben zu deren Absichten und Praktiken sind den Dokumenten zu entnehmen, so daß man fast den Eindruck erhält, die Verwaltung habe völlig auf sich allein gestellt gehandelt.

Vermutlich erhält man ein genaueres Bild, wenn man alle in Frage kommenden Archive benutzen und die zu einer Frage gesammelten Informationen wie Mosaiksteinchen zusammensetzen kann. Das ist bislang nicht möglich gewe-

23 B. Bonwetsch/G. Bordjugov: Die Affäre Tjul'panov. Die Propagandaverwaltung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland im Kreuzfeuer der Kritik 1945-1949, in: Deutsche Studien, 31(1994), S. 247-272.

sen, ist aber heute offenbar noch weniger möglich als vor einigen Jahren. Die Frage, wer eigentlich Entscheidungen zur Politik in Deutschland getroffen hat und warum bzw. wie sie zustande kamen, wieweit Entscheidungen von Tjul'panov selbst getroffen werden konnten oder wurden – die „Tjul'panov-Frage“, wie Norman Naimark das betreffende Kapitel seines Buches genannt hat –, sie ist bis heute nicht zu beantworten. Und der Verfasser hat den Eindruck, daß sie zumindest auch mit Hilfe der im Präsidenten-Archiv liegenden Dokumente nicht zu beantworten sein wird, denn die Erfahrungen anderer deuten ähnliches an. So hat Dmitrij Volkogonov, der schon vor Ende der Sowjetunion Zugang zu allen wichtigen Archiven hatte, den Mangel an Dokumentation von Entscheidungsprozessen im Hauptquartier des Obersten Kommandos (Stavka Verchovnogo komandovanija) während des Krieges beklagt und festgestellt: Die Archive „umfassen zwar Tausende von Dokumenten, Berichten, Bescheinigungen, Direktiven, Befehlen, Verordnungen, aber keinerlei Material gibt Auskunft darüber, wie strategische Fragen innerhalb der Stavka besprochen wurden.“²⁴ Und was die Nachkriegszeit und die sowjetische Deutschlandpolitik betrifft, so konstatiert Michail Narinskij nach Auswertung der Dokumente der Archive des Präsidenten und des Außenministeriums zur Berliner Blockade 1948-1949, daß ihm „leider keine Dokumente zur Verfügung“ stünden, die die „Motive der sowjetischen Führung für ihr Vorgehen und den Entscheidungsprozeß, der zur Beendigung der Blockade führte,“ offenbarten, wobei auch typisch ist, daß im Politbüro nicht über die Frage gesprochen wurde.²⁵ Falls darüber gesprochen worden wäre, hätte sich im übrigen im Protokoll dazu nichts gefunden, denn bei Sitzungen des Politbüros wurden zumindest zu Stalins Zeiten nur die Tagesordnung und die entsprechenden Beschlüsse, nicht aber die Argumente für oder gegen eine Entscheidung festgehalten. Und die Beschlüsse selbst sind häufig so allgemein und wenig präzise gefaßt, daß ihre Exekutoren sie selbst auslegen und politisch experimentieren mußten, dann aber ggf. kritisiert wurden, falls sie nach Ansicht der Führung etwas falsch machten.²⁶

Im Hinblick auf die Dokumentation von Entscheidungsprozessen und -motiven ist jedenfalls vielsagend, daß Narinskij sich hier nicht zuletzt auf ein erst 1950 vom Zweiten Sekretär der Sowjetbotschaft in Berlin, Senin, angefertigtes Memorandum zur „Berlin-Frage“ verlassen muß, in dem dieser lediglich seine Sicht der Dinge wiedergibt. Zur wichtigsten Frage, ob nämlich die sowjetische Führung die Westmächte dazu bringen wollte, die Durchführung der Beschlüsse der Londoner Konferenz vom Februar/März 1948 im Hinblick auf die westdeutsche Separatstaatsbildung und Westintegration Westdeutschlands abzubrechen und auf den Boden der Vier-Mächte-Verwaltung ganz Deutschlands zurückzukehren, oder ob sie die Westmächte angesichts dieser Tendenzen wenigstens aus Berlin heraushaben wollte, um den zu bildenden eigenen Separat-

24 Dimitri Wolkogonow: Stalin. Triumph und Tragödie, Düsseldorf 1989, S. 612.

25 Narinskij: Berlinskij krizis (Anm. 19), S. 20, 29.

26 Michael David-Fox/David Hoffmann: The Politburo Protocols, 1919-40, in: The Russian Review, 55 (1996), S. 99-103.

staat im Osten zu konsolidieren, hat Narinskij praktisch nichts Authentisches. Die Frage bleibt weiter offen. Mit den spärlichen Hinweisen aus den von ihm benutzten Dokumenten können beide Auffassungen gestützt werden, obwohl die Ziele sich gegenseitig ausschlossen. Man kann selbstverständlich dem sowjetischen Vorgehen dadurch eine innere Logik geben, daß man ihm die zweite Option lediglich für den Fall des Scheiterns der ersteren als Absicht unterstellt. Eben dies tut auch Narinskij. Die angeführten Quellenbelege geben das allerdings nicht her. Vor allem steht dazu im Widerspruch, daß Stalin bereits am 26. März 1948 Pieck und Grotewohl zu verstehen gegeben hatte, daß die Vertreibung der Westmächte aus Berlin das Ziel der gemeinsamen Politik sei.²⁷ Wieweit das wirklich das Ziel der sowjetischen Politik war und ob die SED-Führung über die sowjetischen Intentionen unterrichtet wurde, ist damit allerdings nicht gesagt. Eher ist in Analogie zu einer anderen Begegnung im Kreml zumindest nach Ausweis der Gesprächsaufzeichnung zu vermuten, daß die SED-Führung weitgehend im unklaren über die sowjetischen Absichten gelassen wurde.²⁸

Fest scheint zu stehen, daß auch die SMAD-Führung in Karlshorst zumindest nicht schriftlich über die Absichten und Erwartungen des Kreml informiert wurde, was völlig dem allgemeinen sowjetischen Stil entspricht. Diesen Eindruck gewinnt man aus den jüngst veröffentlichten Dokumenten „Die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1945“.²⁹ Man erfährt im wesentlichen, was die sowjetische Führung, d. h. der engste Zirkel um Stalin, erfahren hat und was auf der Ebene darunter gedacht wurde, nicht aber, was die Führung wollte. Insofern hat sich zu den früher erschienenen Dokumentenbänden zur sowjetischen Außenpolitik nichts geändert, und man darf nun davon ausgehen, daß dies nicht auf den Stil der Edition, sondern auf den Stil des Verkehrs zwischen der Moskauer Zentrale und den Vertretern im Ausland zurückzuführen ist. So hatte z. B. der sowjetische Geschäftsträger in Berlin Astachov 1939 mehrfach über seine Uninformiertheit geklagt und gebeten, daß man ihm „wenigstens eine ungefähre Orientierung“ über die sowjetisch-britischen Verhandlungen und über die sowjetische Haltung zu den Gesprächen mit von Weizsäcker und von Schulenburg geben möge, was nach Ausweis der abgedruckten Dokumente aber nicht geschehen ist.³⁰ Für ihn war es ebenso peinlich wie für die Stockholmer Sowjetbotschafterin Kollontaj, die sowjetische Politik aufgrund von – westlichen – Presseberichten zu erläutern.³¹ Ungewöhnlich war eher die

27 Nach Darstellung Narinskis hat Stalin auf die Äußerung Piecks und Grotewohls, „sie würden sich freuen, wenn man die Alliierten aus Berlin entfernen könnte“, geantwortet: „Lassen Sie es uns mit gemeinsamen Kräften versuchen. Vielleicht vertreiben wir sie.“ Narinskij: *Berlinskij krizis*, S. 22.

28 Dieser Eindruck ergibt sich aufgrund der Dokumentation des Besuchs der SED-Spitze vom Februar 1947 in Moskau: Bonwetsch/Bordjugov: *Stalin und die SBZ* (Anm. 16).

29 *SSSR i germanskij vopros. 1941-1949. Dokumenty iz Archiva vnešnej politiki Rossijskoj Federacii* [Die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1949. Dokumente aus dem Außenpolitischen Archiv der Russischen Föderation], Bd. I: 22. Juni 1941 – 8. Mai 1945, Moskau 1996.

30 *Dokumenty vnešnej politiki. 1939 god* [Dokumente zur Außenpolitik. Das Jahr 1939], Bd. 1, Moskau 1992, S. 341, 490.

31 Aleksandra Kollontaj: *Sem' vystrel'ov zimoj 1939 goda* [Sieben Schüsse im Winter 1939], in: *Meždunarodnaja žizn'* (1989), Nr. 8, S. 198 f.

Klage eines Astachov, denn dieser Zustand der Uninformiertheit wurde von Sowjetdiplomaten und sonstigen höheren Funktionären schon längst als normal angesehen.

Auf der anderen Seite hat diese Spezifik der Dokumente bzw. die Lückenhaftigkeit der Dokumentation zur Folge, daß eigentlich immer nur Personen und Institutionen auf unterer Ebene als Handelnde in Erscheinung treten, so daß sich auch am Beispiel der von Narinskij beschriebenen Berliner Blockade der Eindruck ergibt, auf unterer Ebene sei weitgehend selbständig gehandelt worden. Das deckt sich mit dem Eindruck, den die Dokumente zur Propaganda- bzw. Informationsverwaltung der SMAD vermitteln. Sie enthalten weder Anweisungen zu konkreten Fragen noch die Bitte darum. Diesen Dokumenten zufolge hat die Informationsverwaltung unter der Leitung Tjul'panovs weitgehend selbständig gehandelt und lediglich über ihr Handeln laufend berichtet. Selbstverständlich kann dies nur ein vorläufiger Eindruck sein, der auf der Basis anderer Dokumente zu überprüfen ist. Allerdings würde es den Verfasser nicht überraschen, wenn diese Selbständigkeit auf der formellen Ebene sich im wesentlichen bestätigte und damit – nebenbei – auch der eingangs erwähnte Eindruck deutscher Zeitgenossen. Allerdings muß das nicht heißen, daß Tjul'panov grundsätzlich nach dem eigenen Verständnis der Dinge gehandelt hat. Vieles wird auf informellem Wege über Gespräche bei persönlichen Begegnungen oder per Telephon gelaufen sein; auch die Einbindung in ein System von persönlichen Beziehungen spielte in einem politischen System, in dem politische Fragen nicht offen diskutiert wurden, eine äußerst wichtige Rolle. Hier bleibt viel Raum für die Interpretation.

Was nun das Verhältnis der SED zur SMAD und zu ihrer Propaganda- bzw. Informationsverwaltung angeht, so wird aus den sowjetischen Dokumenten überdeutlich, daß man die SED nicht allein ließ, sondern sich bis in die Details für deren Verhalten verantwortlich fühlte und nichts dem Zufall überlassen wollte. Um die Prozeduren zur Vereinigung von KPD und SPD oder die Sicherstellung des Wahlsiegs der SED bei den Gemeinde- und Landtagswahlen im Herbst 1946 haben sich die Mitarbeiter der Propagandaverwaltung beinahe noch mehr gekümmert als die deutschen Genossen. Dabei ist die SED zweifellos in allem bevormundet worden, sie hat aber auch in allem die Rückversicherung bei den „Freunden“ in Karlshorst gesucht. Allerdings scheint alles eher auf der Ebene formeller und informeller Ratschläge als auf der von Befehlen oder Anordnungen abgelaufen zu sein, bei der Schriftstücke möglichst vermieden wurden.³² Mit Recht sahen die meisten SED-Vertreter in Wünschen oder Hinweisen der sowjetischen Genossen zwar eher Anordnungen als bloße Ratschläge, aber formell war die SED für das verantwortlich, was sie beschloß, selbst wenn es auf den unmißverständlichen „Rat“ der sowjetischen Vertreter geschah. Freilich konnte es gerade in der Frühphase der Entwicklung gesche-

³² Der Verfasser setzt sich damit in der Einleitung zu den SMAD-Dokumenten auseinander, die demnächst im Dietz Verlag auf deutsch erscheinen werden: B. Bonwetsch, G. Bordjugov, N. Naimark (Hrsg.): Sowjetische Politik in der SBZ 1945-1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjul'panov.

hen, daß Hinweise und Ratschläge von seiten der SMAD nicht ohne Komplikationen in das Verhalten der SED bzw. der SBZ-Organen eingingen. Das geschah z. B. im Zusammenhang mit der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz vom Juni 1947 unter dem Einfluß von ehemaligen SPD-Mitgliedern im Parteivorstand der SED und des LDP-Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt Hübener. Tjul'panovs Bericht über die Vorgänge zeigt, daß mehrfach gegen seinen „Rat“ Beschlüsse zur Teilnahme an der Konferenz zustande kamen, so daß er entsprechend eingreifen mußte. Häufig ist es zu derartigen Konflikten sicher nicht gekommen. Aber das Beispiel der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz zeigt, daß die SMAD nicht einfach befohlen hat, obwohl sie es formell ohne weiteres hätte tun können. Dadurch wurde in der SED-Führung eine merkwürdig unwirkliche Atmosphäre geschaffen: Sie war gekennzeichnet durch das formelle Recht autonomer Entscheidungsfreiheit, an das aber die Betroffenen selbst nicht recht glaubten und das sie nur zögernd wahrnahmen, solange sie nicht sicher waren, was denn die „Freunde“ in Karlshorst meinten. Diese Art autonomer Entscheidungsfreiheit, die die De-facto-Abhängigkeit von der SMAD bzw. ihren Instanzen tabuisierte, hatte manches zur Folge. Ein wesentlicher Aspekt zumindest war der, daß sich die sowjetische Seite jederzeit von den getroffenen Entscheidungen distanzieren konnte und dies auch gelegentlich tat.

Zusammenfassend läßt sich feststellen: Im rein Faktographischen bringen uns die sowjetischen Dokumente zweifellos erheblich weiter, obwohl auch in diesem Bereich erstaunliche Lücken bleiben werden. Nur selten jedoch dürfen wir definitive Antworten auf unsere Fragen zu den Intentionen und Entscheidungsprozessen der Moskauer Politik in den deutschen Angelegenheiten erwarten. Die Aussagen der Dokumente werden vermutlich ebenso dürftig wie widersprüchlich sein und deshalb ebenso unterschiedlicher Interpretation unterliegen wie die der bisher zugänglichen Quellen ganz anderer Art. Zum einen liegt dies an der sparsamen Überlieferung, wie wir sie in den Akten vorfinden, zum anderen scheint dies auch auf die Besonderheiten politischer Entscheidungen und Entscheidungsprozesse in der Sowjetunion Stalins zurückzuführen zu sein.